

# : antifaschistische nachrichten

Herausgeberkonferenz Mai 2011  
[www.antifaschistische-nachrichten.de](http://www.antifaschistische-nachrichten.de)

## Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung

*Dipl. Soz. Andreas Hövermann, Universität Bielefeld, Mitarbeiter an der gleichnamigen  
Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung*

## Rechtspopulistische Parteien in Schweden, Norwegen und Dänemark

*Nina Schillings, M.A. – Politikwissenschaftlerin, Köln*

Veranstalter:

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten

**ROSA LUXEMBURG STIFTUNG  
NORDRHEIN-WESTFALEN**

Antifaschistische Nachrichten c/o GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221-2116 58

**Samstag, 28. Mai 2011**

**14.00 Uhr bis 18.00 Uhr**

**Köln, Bürgerzentrum Alte Feuerwache  
Melchiorstr. 3, Kleines Forum**

Die EU-Grundrechtecharta unterstreicht „die unteilbaren und universellen Werte der Würde des Menschen, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität“ und verbietet Diskriminierungen aufgrund zugewiesener Gruppenzugehörigkeiten. Die Basis der Menschenrechte und ein vielseitiges, tolerantes und multikulturelles Selbstbild Europas sind nicht nur für den Schutz von Minderheiten essentiell. Sie sind zudem Fundament unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Demokratiefestigkeit in Europa. Maßgeblich dabei ist nicht nur die bloße Akzeptanz des „Anderen“: Ob sich Europa für oder gegen Toleranz und Vielfalt entscheidet, hängt von der tatsächlichen Integration heterogener Gruppen ab. Dabei gibt das Ausmaß von Vorurteilen gegenüber bspw. Migrant/innen, Muslim/innen, Homosexuellen oder Arbeitslosen Aufschluss darüber, wie es um den Willen der Europäer/innen zu gegenseitiger Akzeptanz und Anerkennung steht.

Auch die zunehmenden Erfolge rechtspopulistischer und rechtsextremer Bewegungen attestieren eine eklatante Lücke zwischen Anspruch und

Wirklichkeit. Gerade zu Krisenzeiten schafft es die extreme Rechte vielerorts, mit Ausgrenzungsparolen und vermeintlich einfachen Antworten zu punkten. Mit Blick auf Wahlerfolge in Ländern wie Schweden, Dänemark, Österreich, den Niederlanden und Ungarn drängt sich die Frage auf, wie es um unsere demokratischen Grundwerte in Europa bestellt ist.

Wie halten es die Europäer/innen also mit menschenrechtlich verbrieften Werten wie Toleranz, interkultureller Vielfalt und Solidarität? Wie verbreitet sind Vorurteile gegenüber dem vermeintlich „Anderen“? Und inwieweit sind wir bereit, soziale, ethnische, kulturelle und religiöse Minderheiten auf Augenhöhe zu akzeptieren und gleichberechtigt zu beteiligen?

Die Studie „Die Abwertung der Anderen“ zum Ausmaß von Vorurteilen, Intoleranz und antidemokratischen Einstellungen in acht Ländern Europas liefert eine „Europäische Zustandsbeschreibung“.

*Andreas Hövermann*

Am 28. Mai fand die Jahrestagung der Antifaschistischen Nachrichten in Köln statt. In der letzten Ausgabe der Antifaschistischen Nachrichten dokumentierten wir eine Zusammenfassung der Studie „Die Abwertung der Anderen“. Für diese Ausgabe stellte uns Nina Schillings eine Zusammenfassung (und teilweise Aktualisierung) ihres Vortrags über „Rechtspopulismus in Skandinavien“ zur Verfügung. Nina Schillings ist Absolventin der Politikwissenschaft der Universität Bonn (2010), hat dort und an der NTNU Trondheim in Norwegen studiert und ihre Abschlussarbeit zu Rechtspopulismus in Skandinavien verfasst.

Seit einer guten Woche werden Reisende aus Schweden und Deutschland an der Grenze zu Dänemark neben freundlichen Willkommensschildern auch wieder von Grenzbeamten begrüßt. Nach vielen Jahren Reisefreiheit gemäß des Schengener Abkommens hat das dänische Parlament vor wenigen Wochen die Wiedereinführung von Grenzkontrollen beschlossen - und damit harte Kritik aus dem Ausland und vom Europäischen Parlament geerntet. An sich schon ein Grund aufzuhorchen, richtig besorgniserregend erscheint diese Tatsache bei einem genaueren Blick auf die Hintergründe des Beschlusses. Denn hier hat ganz maßgeblich die Dänische Volkspartei mitgemischt, die zu den erfolgreichsten Vertretern rechtspopulistischer Parteien in ganz Europa zählt. Zwar ist sie nicht direkt (in Form einer Koalition) an der Regierung beteiligt, stützt jedoch seit nunmehr über zehn Jahren die konservative Minderheitsregierung in Dänemark. Konkret heißt dies, dass die regierenden Parteien für eine Mehrheit bei Parlamentsbeschlüssen auf die Stimmen der Dänischen Volkspartei als stärkster Oppositionskraft angewiesen sind. Wenig offiziell, aber für jeden aufmerksamen politischen Beobachter unübersehbar, finden dadurch Tauschgeschäfte im Sinne von „stimmst du für mich, stimme ich für dich“ statt. So hat die Regierungskoalition unter Anders Fogh Rasmussen kürzlich eine lange angestrebte, jedoch stark umstrittene Rentenreform auf den Weg gebracht. Dies war nur möglich mit Hilfe der Stimmen der Dänischen Volkspartei, die gemäß Parteiprogramm eigentlich für die Rechte alternder Dänen und gegen Sozialkürzungen eintritt. Wenige Wochen später folgte dann der Beschluss zur Wiedereinführung der Grenzkontrollen – eine langjährige Forderung der EU-kritischen und protektionistischen Dänischen Volkspartei. Die Parteivorsitzende Pia Kjaersgaard feierte dies als persönlichen Triumph in der Mission „all die Kriminellen aus Osteuropa und illegal einreisende Wirtschaftsflüchtlinge zu bremsen“.

# Das schöne Märchen von Toleranz:

## Neuer Rechtspopulismus in Skandinavien

An diesem aktuellen Beispiel wird der massive Einfluss der Rechtspopulisten in Dänemark deutlich, der seit Jahren zu beobachten ist und immer wieder prägnant auf realpolitischer Ebene zu Tage tritt, sich jedoch auch in einer schrittweisen Veränderung der politischen Kultur und des gesellschaftlichen Klimas im Land bemerkbar macht.

Dies will nicht so ganz hineinpassen in das Bild Skandinaviens als Vorzeigemodell für Sozialpolitik, Wohlfahrt und Humanität. Grund genug für mich, die skandinavischen Kernländer Dänemark, Schweden und Norwegen einer genaueren Analyse zu unterziehen und insbesondere die Stellung des Neuen Rechtspopulismus zu beleuchten. Im Folgenden möchte ich zusammenfassend die wichtigsten Ergebnisse präsentieren.

### Skandinavien: Homogenität, aber nicht am rechten Rand

Als erstes ist festzuhalten, dass sich in der vergleichenden Analyse der aktuellen Situation ein interessantes und zunächst überraschendes Bild eröffnet:

Wir haben es hier mit 3 Ländern zu tun, die in geschichtlicher, kultureller und politischer Hinsicht eine Homogenität aufweisen, wie sie in kaum einem Kulturraum Europas zu finden ist. Dies macht sie wissenschaftlich gut vergleichbar, auch hinsichtlich ihrer Voraussetzungen für die Erfolgchancen rechter Parteien. Anzunehmen wären hier also auch vergleichbare Bilanzen – die Realität stellt sich jedoch wie so oft anders dar.

Denn trotz äußerst ähnlicher Gegebenheiten in den drei Ländern ist eine deutliche Diskrepanz hinsichtlich rechtspopulistischer Erfolge festzustellen: Während in Dänemark und Norwegen rechtspopulistische Parteien zu den erfolgreichsten Vertretern ihrer Art in ganz Europa zählen, fristen sie in Schweden – zumindest bisher – ein eher marginales Dasein.

### > Dänemark

Die oben bereits erwähnte Dänische Volkspartei, die seit nunmehr über 16 Jahren der Leitung von Pia Kjaersgaard untersteht, Galionsfigur und einende Kraft der skandinavischen Rechtspopulisten, gründete sich 1995 als Abspaltung einer nationalen Steuerprotestpartei. Seitdem wandelte sich die Partei zu einer kulturell ausgerichteten und straff geführten populistischen Bewegung, die sich insbesondere die Verschärfung des Asyl-

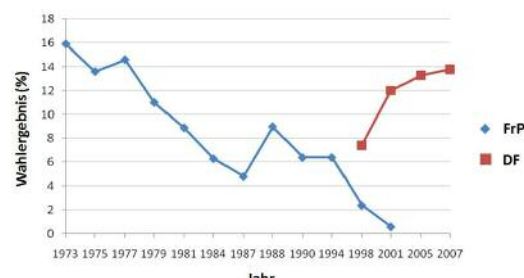
rechts, die Verteidigung der inneren Sicherheit und nationalen Protektionismus auf die Fahnen geschrieben hat. Das Schüren gesellschaftlicher Ängste und die Heraufbeschwörung einfacher, aber wirkungsvoller Feindbilder entsprechen dabei arttypischen populistischen Taktiken. Die gewünschte Wirkung erzielt dies: Die Partei kann einen stetigen Aufwärtstrend für sich verbuchen, duldet seit 2001 die konservative Minderheitsregierung und konnte bei den letzten Wahlen 2007 mit 13,9 % und 25 Sitzen im Parlament ihr bislang bestes Ergebnis erzielen.

### > Norwegen

In Norwegen haben wir es in vielen

Rechtspopulistische Bilanzen

### DÄNEMARK



Punkten mit einer vergleichbaren Situation zu tun. Die norwegische Fortschrittspartei blickt auf eine ähnliche Geschichte zurück, auch sie spaltete sich Mitte der neunziger Jahre von einer ökonomisch ausgerichteten populistischen Steuerprotestpartei ab und gab sich einen neuen Ausrichtung mit rechter Schlagseite, machte EU-Kritik und Einwanderung zu ihren zentralen Themen. Carl Ivar Hagen, der aufgrund seiner 28 Jahre andauernden autoritären Parteiführung in Norwegen auch als „König Carl“ bekannt ist, lenkte die Partei mit populistischem Gespür auf Erfolgskurs, was zu einer Duldung der 2001-2005 amtierenden Minderheitsregierung führte.

Aktuell wurde mittels eines breiten linken Bündnisses eine Duldung durch die Rechtspopulisten umgangen – jedoch bilden diese nach einem Wahlerfolg von 22,9 % (2009) mit 41 Sitzen die zweitstärkste Kraft in Norwegen und eine übermächtige Opposition.

In beiden Ländern bedeutete insbesondere die Duldung der in Skandinavien üblichen Minderheitsregierungen für die Rechtspopulisten einem riesigen Sprung nach vorn.

Neben massiven und sehr direkten Einflussmöglichkeiten auf die realpolitischen Entwicklungen fand durch die Duldung außerdem eine gewisse Legitimation der Rechtspopulisten seitens der etablierten gemäßigten Parteien statt. Man signalisiert, dass sie ernst genommen werden, akzeptiert sie als politische Größe und ist zu Kompromissen und Zugeständnissen bereit. Dies wiederum färbt auf das Bild rechter Parteien in der Gesellschaft ab: sie gelten zunehmend als legitime und seriöse, wählbare Parteien. Die Wahlerfolge zeigen, dass Dänische Volkspartei und Fortschrittspartei im öffentlichen Bewusstsein längst im politischen Mainstream angekommen sind.

Wirkung dieses gesteigerten Einflusses ist außerdem, dass „Tabuthemen“ und illegitime Forderungen der Rechtspopulisten nun ganz offen in Politik und Gesellschaft diskutiert werden und somit ein „Milieu der Selbstverständlichkeiten“ für Themen des rechten Randes entsteht, die nicht selten Prinzipien von Ethik, Huma-

sich eine Reihe interessanter Fragen: Was sind die Erklärungsgründe für so unterschiedliche Bilanzen? Liegt die Ursache für den relativen Misserfolg rechter Parteien in Schweden bei den Herausforderern selbst, oder gibt es etwa eine Art Gegenstrategie, die rechte Propaganda in Schweden ausbremst? Und wenn ja, könnte diese zum „Exportschlager“ werden?

### Interne Gründe für Misserfolge

Eine der Antworten auf diese Fragen ist ein Stück weit ernüchternd: Schlicht und ergreifend gab es in Schweden bislang im Vergleich zu den Nachbarländern einen Mangel an professionell aufgestellten, gut organisierten und effektiv geführten rechtspopulistischen Parteien. Neue Demokratie, der Einmalserfolg der neunziger Jahre, zerschlug sich mit desolater Parteaufstellung, internen Richtungsstreits und einem Mangel an Inhalten selbst, sie waren dem Einzug ins Parlament und der realpolitischen Herausforderung nicht ge-

gemacht, dass es sich um illegitime Herausforderer handle, auf ihre rechtsextremen Wurzeln verwiesen, Koalitionen, Duldung oder jegliche Zusammenarbeit einheitlich und lagerübergreifend abgelehnt. Dies hatte auch Einfluss auf das Verhalten der Medien: Drei der größten Zeitungen Schwedens weigerten sich über Jahre hinweg, Wahlkampfwerbung der Rechtspopulisten zu veröffentlichen – in der Gesellschaft verankerte sich so das Bild einer illegitimen Randpartei.

Diese Isolation klingt vorbildlich und nach einer effektiven Gegenstrategie, ist jedoch nicht ohne Einschränkungen als Lösung haltbar. Denn es bleibt zu beachten, dass vor 2010 erst ein einziges Mal eine rechtspopulistische Partei überhaupt im Reichstag saß und auch in diesem Fall keine wirklich ernstzunehmende Konkurrenz für die etablierten Parteien darstellte. Demnach wurde der Isolationskurs bislang verhältnismäßig wenig herausgefordert und es bleibt in Frage zu stellen, wie lang dies im Falle wachsender rechtspopulistischer Erfolge derart konsequent im Kampf um die Regierungsmacht beibehalten werden wird. Einen kleineren bitteren Vorgeschmack bietet die Tatsache, dass zwei der großen Zeitungen ihren Boykott bereits aufgehoben haben, nach eigenen Angaben zugunsten der Pressefreiheit und eines fairen Wahlkampfes.

konsequent im Kampf um die Regierungsmacht beibehalten werden wird. Einen kleineren bitteren Vorgeschmack bietet die Tatsache, dass zwei der großen Zeitungen ihren Boykott bereits aufgehoben haben, nach eigenen Angaben zugunsten der Pressefreiheit und eines fairen Wahlkampfes.

### Fazit: Wachsamkeit statt Optimismus

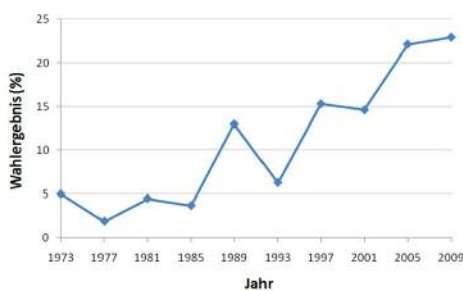
In Anbetracht dieser Erklärungsansätze sowie der wenngleich langsam ansteigenden, jedoch stetig wachsenden Erfolgsbilanzen der schwedischen Rechtspopulisten wäre es kurzsichtig und allzu optimistisch, von einer „schwedischen Immunität“ gegen den neuen Rechtspopulismus auszugehen. Vielmehr kann befürchtet werden, dass sich eine vergleichbare Entwicklung wie in Dänemark und Schweden auch hier zeitlich verzögert vollziehen könnte – insbesondere falls eine neue gut aufgestellte Partei mit sauberer Vergangenheit in Schweden das politische Parkett beträte und sich die allmähliche Veränderung des politischen und gesellschaftlichen Klimas in Skandinavien zu Nutze zu machen wüsste.

Dies alles ist unangenehme Zukunftsmusik, die uns aufhorchen lassen sollte. Bittere Realität ist schon jetzt, dass Skandinavien seinem internationalen Ruf von Toleranz, Offenheit und einer sehr starken sozialdemokratischen Dominanz nicht mehr gerecht wird und Gefahr läuft, sich zu einer europäischen Hochburg des Neuen Rechtspopulismus zu entwickeln.

Nina Schillings ■

#### Rechtspopulistische Bilanzen

### NORWEGEN



nität und Toleranz erschüttern.

### ► Schweden

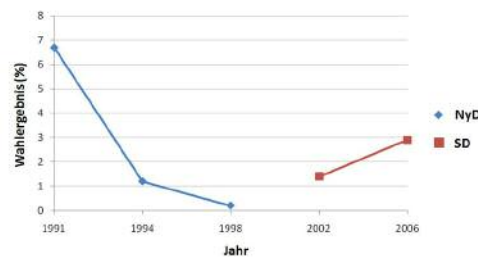
Während sich die Situation in Dänemark und Norwegen also auf vergleichbare Weise als besorgniserregend darstellt, sieht es in Schweden (noch) anders aus: Mit Ausnahme eines kurzen Intermezzos, das der im reinsten Sinne rechtspopulistischen Partei „Neue Demokratie“ 1995 einmalig den knappen Einzug ins schwedische Parlament ermöglichte, gab es in Schweden bis vor kurzem keine erwähnenswerten parteipolitischen Herausforderer am rechten Rand. In den letzten Wahlen im September 2010 jedoch konnte die rechtspopulistische Partei „Schwedendemokraten“, die auf kommunaler Ebene bereits seit einigen Jahren an Einfluss gewinnen, erstmals mit 5,7 % der Stimmen die Sperrklausel überwinden und in den schwedischen Riksdag einziehen.

### „Schwedische Immunität“ – ein Exportschlager?

Aus diesen unterschiedlichen Bilanzen rechtspopulistischer Parteien innerhalb eines so homogenen Kulturraumes ergibt

#### Rechtspopulistische Bilanzen

### SCHWEDEN



Durchbruch 2010: 5,7% (20 Sitze)

wachsen und lösten sich nach wenigen Jahren auf. Die aktuell interessante Partei der Schwedendemokraten gründete sich schon 1988, hatte jedoch viele Jahre mit ihrer Vergangenheit im rechtsextremen Milieu zu kämpfen. Ihr haftete das Stigma des Extremismus an, das ihr in den Weg zu Wählerstimmen und in den Mainstream versperrte. Strikte Öffentlichkeitsarbeit und straffe Führung bewirken, dass die Partei es zusehends schafft, sich von diesem Image zu lösen – dennoch: ein langer steiniger Weg, den die norwegischen und dänischen Parteien nicht zurücklegen mussten.

### Isolationskurs als effektive Gegenstrategie?

Interessanter und weniger dem Zufall zuzuschreiben ist anderer Faktor, der sich erfolgshemmend auf die schwedischen Rechtspopulisten auswirkt: das Verhalten der etablierten Parteien der politischen Mitte gegenüber den neuen Herausforderern. Schwedens Parteien haben es im Gegensatz zu den anderen Ländern geschafft, die Rechtspopulisten politisch zu isolieren: Sie haben immer wieder klar

Am 28. Mai fand die Jahrestagung der Antifaschistischen Nachrichten in Köln statt. Andreas Hövermann von der Universität Bielefeld stellte in seinem Beitrag die neue Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Die Abwertung der Anderen“ vor, in der antidemokratische Mentalitäten in acht Ländern Europas untersucht werden. Leider können wir keine schriftliche Fassung dieses Vortrags veröffentlichen. Wir dokumentieren eine kurze Zusammenfassung der Ergebnisse der Studie, die bei der Pressevorstellung von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegeben wurde. Die komplette Studie findet sich online auf: [www.fes-gegen-rechtsextremismus.de](http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de) und kann auch kostenlos bestellt werden.

Mit umfassenden Befunden aus vergleichbaren Daten über Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gegenüber unterschiedlichen Adressat/innengruppen in acht Ländern Europas (Deutschland, England, Frankreich, Niederlande, Italien, Portugal, Polen, Ungarn) liefert die Studie eine empirische Grundlage und politische Impulse für die gesellschaftspolitische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in Europa. Im Zentrum des Interesses stand das Ausmaß, wichtige Determinanten, mögliche Ursa-

# Die Abwertung der Anderen

## Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung

chen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und die Frage, ob sich diese Einstellungen auch auf der Verhaltens-ebene niederschlagen.

Konkret wurden fremdenfeindliche, rassistische, antisemitische, islamfeindliche, sexistische und homophobe Einstellungen analysiert.

### Zentrale Ergebnisse:

- „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist in Europa weit verbreitet“, lautet das Fazit der Bielefelder Wissenschaftler Andreas Zick, Dr. Beate Küpper und Andreas Hövermann. Auffallend einig sind sich die Europäer/innen in ihrer Ablehnung von Einwanderer/innen und Muslim/innen. Rund die Hälfte aller europäischen Befragten ist der Ansicht, es gebe zu viele Zuwanderer/innen in ihrem Land. Ebenfalls etwa die Hälfte aller europäischen Befragten wünscht sich ein Arbeitsplatzvorrecht für Einheimische in Krisenzeiten.

„Rund die Hälfte verurteilt den Islam pauschal als eine Religion der Intoleranz“, so Zick, hier zeige sich „deutlicher gesell-

schaftspolitischer Handlungsbedarf!“.

In den knapp 70 Prozent aller Befragten, die in Zuwanderer/innen eine Bereicherung für die eigene Kultur sehen, erkennt Beate Küpper jedoch ein Gegengewicht dazu. Zick unterstreicht, dass „antisemitische Einstellungen ebenfalls weit verbreitet“ sind: Zwischen 17 Prozent der Befragten in den Niederlanden und über 70 Prozent in Polen meinen, Juden/Jüdinnen versuchten heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind. Ein Drittel der Befragten glaubt an eine natürliche Hierarchie zwischen Menschen verschiedener Ethnien, unterstreicht Hövermann.

Die Mehrheit in Europa vertritt zudem sexistische Einstellungen, die auf eine traditionelle Rollenverteilung setzen. Homosexuellen werden mit Blick auf die Ehe gleiche Rechte von zwischen 17 Prozent der Befragten in den Niederlanden bis hin zu 88 Prozent der Befragten in Polen verweigert.

- Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist somit auch in Europa keineswegs

Tab. 4: Fremdenfeindliche Aussagen (Zustimmung in Prozent)

Nr.	Item	D	GB	F	NL	I	PT	PL	HU
1	Es gibt zu viele Zuwanderer in (jew. Land).	50,0	62,2	40,3	46,0	62,5	59,6	27,1	58,7
2	Durch die vielen Zuwanderer hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.	37,6	45,8	31,0	37,7	27,0	19,1	19,4	44,6
3	Wenn Arbeitsplätze knapp sind, sollten (jew. Bevölkerung) mehr Recht auf eine Arbeit haben als Zuwanderer.	42,4	50,3	29,5	24,7	55,9	58,2	74,1	71,2
4	Zuwanderer bereichern unsere Kultur.	75,0	71,2	70,8	74,9	61,0	73,7	64,2	57,0
<b>Zusätzliche Items in einer Zufallshälfte der Stichprobe:</b>									
5	Zuwanderer sind eine Belastung für unser Sozialsystem.	40,8	60,2	54,7	20,3	31,7	42,5	45,8	77,2
6	Wir brauchen Zuwanderer, um die Wirtschaft am Laufen zu halten.	60,7	59,5	66,1	64,5	70,7	68,1	42,4	24,2

ein Phänomen von politischen Randgruppen. „Damit bestätigt sich ein Ergebnis, das wir für Deutschland auch von unseren „Mitte-Studien“ kennen: Auch in Europa ist Rechtsextremismus kein Phänomen am „Rand“ der Gesellschaft, sondern findet sich auch in ihrer Mitte“, so Nora Langenbacher, die das Projekt „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ der Friedrich-Ebert-Stiftung leitet.

● Die repräsentativen Daten bieten zudem die Möglichkeit, Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen einzelnen Ländern zu analysieren. Entgegen der überall vorhandenen Ablehnung von Einwanderer/innen und Muslim/innen finden Zick, Küpper und Hövermann deutliche Unterschiede bezüglich des Ausmaßes an Antisemitismus, Sexismus und Homophobie.

„Nicht ganz überraschend äußern sich die Befragten in den Niederlanden insgesamt am wenigsten abwertend“ – so Zick; allerdings sei die Islamfeindlichkeit dort ähnlich stark ausgeprägt wie in den anderen Ländern.

Im europäischen Vergleich fallen die osteuropäischen Länder Ungarn und Polen durch eine hohe Ablehnung der angesprochenen Minderheiten auf. Neben Ungarn erreicht die Fremdenfeindlichkeit aber auch in Großbritannien ein verhältnismäßig hohes Ausmaß, während in Frankreich wie auch den Niederlanden Fremdenfeindlichkeit im Vergleich zu den

anderen Ländern weniger Zustimmung erhält.

Antisemitismus ist insbesondere in Polen und Ungarn stark, in Großbritannien und den Niederlanden vergleichsweise weniger verbreitet; nichtsdestotrotz vertreten auch dort besorgniserregend viele Befragte antisemitische Einstellungen.

In Italien ist im Vergleich zu den übrigen Ländern Rassismus auffallend gering ausgeprägt, Homophobie hingegen, wie auch in Portugal, Polen und Ungarn, deutlich verbreiteter.

Das Ausmaß Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit liegt in Deutschland im europäischen Mittelfeld, jedoch mit Blick auf bestimmte abgewertete Gruppen höher als bei den westeuropäischen Nachbarländern; das gilt etwa auch für antisemitische Einstellungen.

In Portugal, Polen und Ungarn ist im Vergleich zu den westeuropäischen Ländern eine relativ starke Ausprägung von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Sexismus nachweisbar.

● Zudem fanden die Autor/innen heraus, dass Vorurteile gegenüber einer Gruppe häufig mit solchen gegenüber anderen Gruppen einher gehen. Beate Küpper sieht hierin eine Bestätigung, dass „die einzelnen Elemente von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit eng miteinander verknüpft sind.“ Daher sprechen wir von einem Syndrom der Abwertung“.

● Als „besorgniserregend“ werten die Autor/innen das Ergebnis, dass die Befragten in allen Ländern mehrheitlich das Gefühl haben, von Politiker/innen nicht gehört zu werden. Dabei sind politische Einstellungen und das Gefühl, politischer Machtlosigkeit maßgebend für die Bereitschaft, menschenfeindlichen Aussagen zuzustimmen. Dies bezeichnet Langenbacher als „einen klaren Auftrag, sich gegen Politikverdrossenheit und für politische Bildung zu engagieren“. Die Bielefelder Wissenschaftler/innen leiten deutliche Zusammenhänge zwischen der Abwertungsbereitschaft und anderen politischen Einstellungen ab: „Diejenigen, die sich politisch eher rechts oder machtlos fühlen oder sich sogar eine starke Führerfigur wünschen und die Todesstrafe befürworten, sind im Durchschnitt menschenfeindlicher“.

Ebenso tendieren jene stärker zur Abwertung von schwachen Gruppen, die ein negatives Bild von der EU haben.

● Untersucht wurden zudem weitere Bestandteile rechtsextremer Einstellungen. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist u.a. mit drei ideologischen Orientierungen eng verbunden: Mit dem Autoritarismus – eine auf Recht und Ordnung sowie Disziplin setzende Grundhaltung; mit der Sozialen Dominanzorientierung – die Befürwortung von sozialen Hierarchien zwischen ‚oben‘ und ‚unten‘; und

Tab. 7: Islamfeindliche Aussagen (Zustimmung in Prozent)

Nr.	Item	D	GB	F	NL	I	PT	PL	HU
18	Es gibt zu viele Muslime in (jew. Land).	46,1	44,7	36,2	41,5	49,7	27,1	47,1	60,7
19	Muslime in (jew. Land) stellen zu viele Forderungen.	54,1	50,0	52,8	51,8	64,7	34,4	62,3	60,0
20	Der Islam ist eine Religion der Intoleranz.	52,5	47,2	52,3*	46,7	60,4	62,2	61,5	53,4
<b>Zusätzliche Items in der gesamten Stichprobe:</b>									
22	Die muslimische Kultur passt gut nach (jew. Land).	16,6	39,0	49,8	38,7	27,4	50,1	19,0	30,2
23	Die muslimischen Ansichten über Frauen widersprechen unseren Werten.	76,1	81,5	78,8	78,2	82,2	72,1	72,1	76,8
24	Viele Muslime betrachten islamistische Terroristen als Helden.	27,9	37,6	-	29,2	28,5	30,3	30,2	39,3
25	Die Mehrheit der Muslime findet islamistischen Terrorismus gerechtfertigt.	17,1	26,3	23,3*	19,9	21,5	22,4	26,0	29,6

mit der Ablehnung von Diversität – einer generell ablehnenden Haltung gegenüber Vielfalt von Kulturen, Ethnien und Religionen innerhalb eines Landes.

- Ein klarer Zusammenhang ergibt sich auch bezüglich der Einflussfaktoren Alter, Bildung und Einkommen: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nimmt mit dem Alter zu und mit besserer Bildung und höherem Einkommen ab, letzteres mit Ausnahme Italiens.

Bemerkenswerterweise spielt das Einkommen für das Ausmaß von Islamfeindlichkeit und Homophobie nur eine geringe Rolle. Männer und Frauen unterscheiden sich in ihren Einstellungen hingegen kaum.

- Untersucht wurde neben der Einstellungsebene auch die Verhaltensdimension: „Die Ergebnisse zeigen, dass abwertende Einstellungen, auch handfeste Folgen haben.“, so die Autor/innen. Mit Bezug auf die Gruppe Einwanderer/innen lässt sich nachweisen, dass diejenigen, die schwache Gruppen abwerten, sich auch mit größerer Wahrscheinlichkeit gegen die Integration von Einwander/innen aussprechen, ihnen eher eine gleichberechtigte politische Teilhabe verweigern und eher bereit sind, Einwanderer/innen zu diskriminieren und ihnen mit Gewalt zu begegnen.

- Die wichtigsten Erklärungsfaktoren von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind neben einer autoritären und hierarchiebefürwortenden Grundhaltung außerdem das subjektive Gefühl der Bedrohung durch Einwanderer/innen und das Gefühl der Orientierungslosigkeit in der heutigen Zeit. Auch ein geringes Einkommen und das Gefühl der Benachteiligung spielen eine Rolle.

- Die wichtigsten Schutzfaktoren vor Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind das Vertrauen in andere Menschen, das Gefühl, feste Freundschaften schließen zu können, der Kontakt mit Einwander/innen, und vor allem eine positive Grundhaltung gegenüber Diversität. Religiosität hingegen schützt nicht vor Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Auch allgemeine Werthaltungen, die Sicherheit und Universalismus betonen, sind hierbei kaum relevant.

### Schlussfolgerungen:

Die Ergebnisse der Studie machen die Dringlichkeit eines engagierten Eintretens aller gesellschaftlicher Akteure für Demokratie und gegen Rechtsextremismus deutlich. Hierzu schlagen die Autor/innen am Ende der Studie konkrete Maßnahmen vor:

- Ein wissenschaftlich unabhängiges und kontinuierliches europäisches Monitoring rechtsextremer und populistischer Meinungen und Handlungsintentionen auf europäischer Ebene ist überfällig.

- Die Verbreitung von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Europa und

insbesondere ihre überregional ähnlichen Ursachen unterstreichen die Relevanz, gemeinsamer europäischer Anstrengungen im Kampf gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Hierbei müssen individuelle und kontextuelle Ursachen im Blick behalten werden. Es gelte, Einstellungen zu fördern und Strukturen zu etablieren, die Gleichwertigkeit unterstützen. Dazu brauche es ein mehr an Akzeptanz kultureller Unterschiedlichkeit anstelle von Ablehnung des Multikulturalismus; weniger autoritär orientierte Einstellungs- und Verhaltensorientierungen und mehr Befürwortung horizontaler statt vertikaler Gesellschaftsstrukturen, also eine Begegnung auf gleicher Augenhöhe.

- Laut der Studie sind die Bürger/innen nicht grundsätzlich desinteressiert an Politik, nehmen sich aber subjektiv vom politischen System entkoppelt wahr. Doch „die Erfolge von Rechtspopulisten zeigen uns, dass sich die Klagen der Bürger/innen nicht primär gegen die etablierten politischen Systeme, sondern insbesondere gegen Zuwanderer/innen, Muslim/innen und andere schwache Gruppen richten“, so Zick. Dieses betont die Notwendigkeit von Strategien der Intervention und Prävention, um der kollektiven Ausbildung von Menschenfeindlichkeit gegen „die Anderen“ weiter entgegenzuwirken. So appellieren die Autor/innen, dass es gilt, „die in der Studie deutlich gewordene Ablehnung von Diversität und die Sorgen und Ängste mit Blick auf Migration in Europa auch als eine Gefahr für die Demokratie zu nehmen. Das bedeutet Pluralität, Teilhabe und politische Mitsprache für alle Mitglieder der Gesellschaft, Mehrheiten wie Minderheiten.

### Vorgehen/Methode:

Die der Studie zugrundeliegende Datenbasis wurde im Rahmen eines internationalen Forschungsprojekts (GFE-Europe) der Universität Bielefeld unter der wissenschaftlichen Leitung von Professor Dr. Andreas Zick und Dr. Beate Küpper erhoben. Dieses internationale Forschungsvorhaben wurde durch private Stiftungen gefördert, darunter die Compagnia di San Paolo, die Volkswagen-Stiftung, die Freudenberg Stiftung, die Groeben Stiftung und die Amadeu-Antonio-Stiftung. In 2008 wurde jeweils eine repräsentative Stichprobe von 1000 Personen ab 16 Jahren in 8 europäischen Ländern (Großbritannien, Frankreich, Deutschland, den Niederlanden, Italien, Portugal, Polen und Ungarn) in Telefoninterviews befragt. Der standardisierte Frage-

bogen enthielt vorgetestete und für den interkulturellen Vergleich taugliche Fragen. Zur Erfassung eines Elements der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wurden jeweils mehrere Aussagen verwendet, zu denen die Befragten mittels einer 4-stufigen Skala ihre Zustimmung beziehungsweise Ablehnung angeben konnten.

### Kontext & Ziel:

Menschenrechte und ein vielseitiges, tolerantes und multikulturelles Selbstbild Europas sind nicht nur für den Schutz von Minderheiten essentiell, sie sind Fundament unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Demokratiefestigkeit in Europa. Intoleranz, Vorurteile und Diskriminierung sind Gefahren für den Zusammenhalt pluraler Gesellschaften und damit für die Demokratie selbst. Sie zeigen an, inwieweit die Mehrheit bereit ist, soziale, ethnische, kulturelle und religiöse Minderheiten und vermeintlich „Andere“ als gleichberechtigte Mitglieder einer Gesellschaft zu akzeptieren und zu beteiligen, oder sie auszuschließen. Intoleranz, Vorurteile, antidemokratische Einstellungen und die Bereitschaft, andere zu diskriminieren, sind daher sensible Messinstrumente der sozialen Kohäsion von Gesellschaften. Ziel der neuen Publikation ist es, die gesellschaftliche Debatte um den zunehmenden Erfolg rechtspopulistischer und rechtsextremer Kräfte in Europa aufzunehmen und für eine konstruktive Debatte über effektive Wege für ein demokratisches und solidarisches Europa zu nutzen.

Weitere Informationen bei:  
Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin,  
Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin,  
[www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/](http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/)

